

A stylized map of Tunisia composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific locations or points of interest.

# Kultur- und Bildungspolitik in Tunesien

## Zwischen neuer Freiheit und islamischer Gesellschaftskontrolle

THOMAS CLAES  
Juni 2013

- Seit der tunesischen Revolution und insbesondere seit dem Wahlsieg der islamistischen Partei *Ennahdha* im Oktober 2011 weist die politische Auseinandersetzung in Tunesien immer mehr Züge eines Kulturkampfes zwischen säkularen und islamistischen Kräften auf.
- Eines der aktivsten Felder der Auseinandersetzung zwischen säkular gesinnten und religiösen Teilen der Gesellschaft ist die Bildungspolitik. Insbesondere seitdem die islamische Universität Zitouna aus dem staatlichen Bildungssystem herausgelöst wurde. Die Debatte in Tunesien hat dabei an Intensität gewonnen, zumal es nun auch häufig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen an Bildungseinrichtungen kommt.
- Im Zusammenhang mit diesen Veränderungen sind auch die jüngsten Entwicklungen in der tunesischen Kulturpolitik zu sehen, die unter zunehmendem Anpassungsdruck hin zu islamischen Normen steht. Künstler schlagen Alarm, dass die künstlerische Freiheit zunehmend durch zum Teil gewaltbereite Islamisten eingeschränkt wird, vielfach wurden Ausstellungen und andere Veranstaltungen von radikalen Kräften angegriffen.

Als Anfang 2011 das Regime von Präsident Ben Ali stürzte, das über Jahrzehnte aktiv die Religion aus dem öffentlichen Leben verbannt hatte, zeigte sich nach der Revolution auch die lange unterdrückte Religiosität vieler Tunesier. Auf der Suche nach einer neuen, islamischen Identität wandten sich viele dem salafistischen Islam zu. Der Salafismus ist eine fundamentalistische Strömung, die auf einer strikten und wörtlichen Auslegung des Korans und den Überlieferungen des Propheten basiert. Viele salafistische Gruppen werden großzügig finanziell aus den arabischen Golfstaaten unterstützt. Das wichtigste Ziel der Salafisten ist die Einführung der Scharia, der islamischen Rechtsordnung, in Tunesien. Vereinzelt werden Forderungen nach einem Kalifat laut, das für diese die einzige wahre islamische Regierungsform darstellt. Viele Salafisten sehen sich zudem zu Wächtern über Moral und religiöse Tugendhaftigkeit der Gesellschaft berufen. In Tunesien gibt es derzeit drei Parteien, die dem salafistischen Spektrum zuzurechnen sind. Andere Salafisten sind in den sogenannten »Ligen zum Schutz der Revolution« organisiert. Viele Salafisten organisieren sich auch in losen Netzwerken, wie beispielsweise um den bekannten Prediger Abou lyadh, dem Anführer der djihadistischen Gruppe *Ansar al-Sharia*. In der Vergangenheit kam es vermehrt zu gewaltsamen Übergriffen von Salafisten. Der bekannteste ereignete sich am 14. September 2012, als Salafisten die US-Botschaft in Tunis angriffen. Politische Reaktionen auf diese Entwicklung vonseiten der Übergangsregierung blieben lange Zeit aus oder kamen sehr zögerlich. Erst seit der Kabinettsumbildung im März 2013 gehen die Sicherheitskräfte entschlossener gegen die gewaltsamen Extremisten vor.

## Ein Tanz wird zum Politikum

Gleichzeitig versuchen islamistische Kräfte zunehmend den öffentlichen Diskurs zu bestimmen. Dies zeigt exemplarisch die Debatte um den »Harlem Shake«. Als am 23. Februar 2013 an einer Schule in einem wohlhabenden Vorort von Tunis der »Harlem Shake« aufgeführt wurde und das Video über soziale Medien im Internet schnell einige Berühmtheit in Tunesien erlangte, stand der Spaßfaktor noch im Vordergrund. Die globale Welle des Internetphänomens »Harlem Shake« hatte nun auch Tunesien erreicht. Doch die tunesischen Salafisten sagten dem »Harlem Shake« schnell den Kampf an, denn sie verstanden den Tanz als ein Aufbegehren gegen ihre

Moralvorstellungen. An vielen Schulen und Universitäten im Land bedrohten sie die Tanzenden oder versuchten den Tanz gewaltsam zu verhindern. So kam es etwa am 27. Februar am Spracheninstitut von El-Khadra zu Auseinandersetzungen zwischen beiden Seiten. Ebenfalls auf Druck der religiösen Kräfte verurteilte der damalige Bildungsminister Abdellatif Abid (*Ettakatol*) den Tanz als eine »Beleidigung der Bildung« und entließ einen Schulleiter, der den Tanz gebilligt hatte. Somit wurde aus einem sinnfreien Tanz innerhalb kürzester Zeit ein politisches Statement und an immer mehr Schulen und Universitäten entstanden plötzlich »Harlem Shakes«, die dann auf *youtube* hochgeladen wurden. Damit wurde der Tanz zu einem starken Signal der säkularen Schüler und Studenten an die Adresse der Salafisten, die seit dem Wahlsieg der islamistischen *Ennahdha* im Oktober 2011 versuchen, der tunesischen Gesellschaft ihre Moralvorstellungen aufzuzwingen und sich dabei zunehmend an Universitäten verbreiten.

## Die Auseinandersetzung findet an den Hochschulen statt

Besonders aggressiv traten Salafisten an der Universität Manouba im Osten von Tunis auf. Der dortige Campus wurde von Herbst 2011 bis März 2013 von salafistischen Gruppen belagert, die auch vor Gewalt nicht zurückschreckten. Die Salafisten forderten den uneingeschränkten Zugang von Studentinnen mit Gesichtsschleier (*Niqab*) zu Seminaren und Vorlesungen sowie eine strikte Trennung der Geschlechter auf dem Campus. Zudem attackierten sie Dozenten, die ihrer Meinung nach eine nicht religionskonforme Haltung vertraten. Nachdem die Universität unter Verweis auf pädagogische Grundsätze Hausverbote ausgesprochen hatte, wurde das Büro des Dekans Habib Kazdaghli von Salafisten angegriffen. Weder die Polizei noch der zuständige Hochschulminister der *Ennahdha*, Moncef Ben Salem, unterstützten die Universität darin, ihr Recht durchzusetzen. Stattdessen wurde Kazdaghli angeklagt, weil er während der Rangelei in seinem Büro angeblich eine Studentin geohrfeigt haben soll. Kazdaghli selbst sieht hinter diesen Entwicklungen eine Strategie der *Ennahdha*-Partei, die gegen die gesellschaftlichen Eliten vorgehen möchte und sich dabei der Salafisten und der sogenannten »Ligen zur Bewahrung der Revolution« bedient. Nach langem Rechtsstreit mit insgesamt sieben Anhörungen wurde Kazdaghli Anfang Mai 2013 freige-

sprochen, stattdessen wurden die beiden Studentinnen zu Bewährungsstrafen verurteilt. Wie ein Spiegelbild des derzeit in Tunesien stattfindenden Kulturkampfes tobt zudem an den tunesischen Universitäten eine erbitterte Auseinandersetzung zwischen der linksgerichteten Studentenvereinigung UGET und der islamistischen UGTE, die oftmals zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führt, wie etwa am 4. März 2013 am Geisteswissenschaftlichen Institut *Ibn Charaf* in Tunis.

Ein weiteres sichtbares Symbol für die zunehmende religiöse Unterwanderung des eigentlich staatlich-säkularen Bildungssystems in Tunesien und die Machtlosigkeit des Staates sind sogenannte *stencils* oder *tags* mit religiösen Botschaften, die in immer größerer Zahl an die Wände von Schulen und Klassenräumen gesprayt werden. Diese rufen den Betrachter dazu auf, die täglichen Gebete zu befolgen, Gott zu fürchten und ein religiös konformes Leben zu führen. Auf diese Weise dringt die Religion quasi am Staat vorbei und auf alltäglicher Basis in die Schulen ein.

Auch in anderen Kontexten treten die Salafisten in Erscheinung, schon mehrfach haben salafistische Gruppierungen in Tunesien gegen Kunstausstellungen oder Kinovorführungen demonstriert oder diese gewaltsam angegriffen, wenn sie der Meinung waren, dass diese ihren Vorstellungen des religiös Erlaubten widersprachen. Diese Ereignisse zeigen, wie sehr Bildungspolitik, Kultur und Kunst zu Schlachtfeldern der Auseinandersetzung zwischen Islamisten, dem Staat und säkularen Kräften in Tunesien geworden sind. Dabei wird zunehmend ein gewaltsames Vorgehen von islamistischen Kräften zur Durchsetzung ihrer Ziele an den Tag gelegt.

## Die Zitouna im Zentrum der Auseinandersetzung

Ein Schlüsselfaktor in dieser Auseinandersetzung ist die wichtigste religiöse Institution Tunesiens, die Zitouna, und ihre zukünftige Rolle in Staat und Gesellschaft. Die Zitouna ist die älteste und bekannteste Moschee im Zentrum der Altstadt von Tunis und zugleich auch die älteste Universität in der islamischen Welt. Bis in die 1950er Jahre war die Universität der *Zitouna* eine der wichtigsten Bildungsinstitutionen für Tunesien und den gesamten Maghreb. Mit dem Beginn der französischen Kolonisierung ab 1881 und dem Entstehen von frankophonen Schulen

verlor die Zitouna jedoch zunehmend an Bedeutung. Die Absolventen der frankophonen Schulen hatten aufgrund ihrer Sprachfertigkeiten und moderneren Ausbildung deutliche Vorteile vor den Absolventen der traditionellen Schulen, sodass die neuen Eliten immer häufiger dem neuen Bildungssystem entstammten, so auch der Gründer der Republik Tunesien, Habib Bourguiba. Dessen erklärtes Ziel war es, Tunesien radikal zu modernisieren. Dazu gehörte für ihn auch eine umfassende Reform des traditionellen islamischen Bildungssystems. Die über ganz Tunesien verstreuten Schulen der Zitouna wurden daher vollständig dem staatlichen Bildungssystem unterworfen. Die Universität der Zitouna existierte zwar weiterhin als theologische Fakultät, wurde jedoch institutionell von der Moschee getrennt.

Nach der Revolution scheint sich die Zitouna allerdings wieder in Richtung ihrer früheren Form und Funktion zu entwickeln. Im März 2012 ordnete ein Gericht die Wiederaufnahme der unabhängigen Verwaltung der Zitouna an, eine Entscheidung, die von islamischen politischen Kräften stark unterstützt wurde. Es wurde beschlossen, dass die Ministerien für Bildung, Hochschulbildung und Religiöse Angelegenheiten gemeinsam ein Curriculum für die Universität entwickeln sollen. Dieses Curriculum ist aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ministerien noch immer nicht beschlossen, dennoch werden an der Zitouna und anderen Schulen im Land Schüler bereits gemäß religiösen Lehrplänen unterrichtet. Hinter dem Rücken des staatlichen Bildungssystems wird dabei nach Einschätzung politischer Beobachter ein islamisches Lehrprogramm immer weiter aufgebaut. Auf diesem Lehrplan stehen vor allem Theologie, das Lesen des Korans, Ethik und die Arabische Sprache im Vordergrund. Gemäß dem streng religiösen islamischen Lernen liegt der Fokus in den religiösen Lehreinrichtungen hauptsächlich auf dem Auswendiglernen, eine Ausbildung der Schüler hin zu einem kritischen und hinterfragendem Denken findet dagegen eher nicht statt. Zugleich entstehen im ganzen Land sogenannte »Koran-Kindergärten«, in denen auch schon kleine Kinder in Richtung eines bestimmten religiösen Verständnisses geschult werden sollen. Auch hier ist eine Regulierung durch den Staat praktisch nicht vorhanden.

Neben kontroversen politischen Äußerungen des Imams der Zitouna macht die Tatsache, dass solche Fakten geschaffen werden, deutlich, dass es zwischen dem Ministerium für religiöse Angelegenheiten und der Zitouna zu

Spannungen kommt und Kompetenzen nicht klar abgegrenzt sind. Während der Minister offensichtlich nicht in der Lage ist, die Moscheen effektiv zu kontrollieren, wird klar ersichtlich, dass der Imam der Zitouna seit der Revolution eine weit wichtigere gesellschaftliche Rolle spielt als zuvor und diese noch weiter ausbauen möchte. Viele Kompetenzaneignungen des Imams verdeutlichen diese veränderte Rolle. Offenbar entscheidet der Imam nun selbst über das Thema der Freitagspredigt, das vorher streng vom Staat vorgeschrieben worden war. Zudem erstellt er ohne staatliche Kontrolle *Fatwas*, organisiert die kleine Pilgerfahrt (*Umra*), sammelt selbstständig die Armensteuer (*Zakat*) ein, betreibt Wohlfahrt für die Armen und lädt selbstständig ausländische Prediger (zum Beispiel aus den Golfstaaten) für Gastvorträge zu religiösen Themen ein. Auch medial ist die Zitouna mit ihrem neu eingerichteten religiösen Radio und TV-Sendungen präsent. Durch diese Aktivitäten wurde die Moschee deutlich politisierter, als dies vor der Revolution der Fall war. Offenbar hat zudem der Staat viele gesellschaftliche Bereiche, die vorher unter seiner Kontrolle waren, entweder aufgegeben oder bewusst der Zitouna überlassen.

Die neue gesellschaftliche Bedeutung der Zitouna als religiöser Institution und die Abwesenheit staatlicher Kontrolle über andere Moscheen im Land werfen einige Fragen zum Verhältnis von Staat und Religion auf. Wie unabhängig ist die Zitouna als Institution? Woher werden die finanziellen Mittel für die islamische Universität kommen und wer darf finanzielle Mittel bereitstellen? Wer wird zukünftig über das Curriculum bestimmen können? Wer darf die Leitung der Zitouna bestimmen? Wie wird sich die »neue Zitouna« in das bestehende staatliche Bildungssystem Tunesiens integrieren können?

Von der Beantwortung dieser Fragen wird viel abhängen. Natürlich wird es die Legitimität der Zitouna erheblich stärken, wenn sie sich als religiöse Institution von der Dominanz und Kontrolle des Staates lösen kann. Als glaubhafte unabhängige Instanz könnte die Zitouna eine wichtige Rolle spielen, um die Spaltung der tunesischen Gesellschaft in moderate/säkulare und eher konservative/fundamentalistische Muslime zu verringern. Diese Spaltung existiert im Grunde seit der französischen Kolonisierung im 19. Jahrhundert, tritt aber seit der Revolution immer deutlicher zutage und ist noch immer der Hintergrund zahlreicher gesellschaftlicher Spannungen.

## Das salafistische Projekt beginnt in den Moscheen

Von vielen Seiten werden auch ein nationaler Dialog und eine breite öffentliche Debatte zur neuen Rolle der Zitouna gefordert. Dies ist dringend notwendig, wenn *Ennahdha* vermeiden will, dass der Eindruck entsteht, sie würden die Zitouna für ihre eigenen politischen Ziele nutzen wollen. Wenn es gelingt, die Zitouna wieder zu einer wichtigen, weithin akzeptierten moderaten Instanz des religiösen Lebens in Tunesien werden zu lassen, dann könnte sie auch in der Lage sein, dem gewaltsamen religiösen Extremismus auf ideologischer Ebene gegenüberzutreten und eine Spaltung der tunesischen Gesellschaft verhindern. Wenn sich die Zitouna zudem darauf beschränkt, eine hauptsächlich moralische Instanz zu sein, und sich nicht in die Politik des Landes einmischt, dann könnte sie den Transformationsprozess in Tunesien auch durchaus konstruktiv begleiten und die Entwicklung der Zivilgesellschaft unterstützen.

Der Prozess der Umgestaltung der Zitouna ist zwar noch nicht abgeschlossen, vieles deutet aber darauf hin, dass die Zitouna keine unparteiische gesellschaftliche Rolle anstrebt, sondern sich stattdessen eher der Unterstützung der religiösen Partei *Ennahdha* verschrieben hat. Der Imam der Zitouna, Houcine Laabidi, steht ideologisch den Salafisten nahe und hat Rachid Ghannouchi, den Parteivorsitzenden der *Ennahdha*, in der Vergangenheit mehrfach in höchsten Tönen gelobt.

Auch andere Moscheen neben der Zitouna wurden gezielt von Salafisten übernommen, die dort versuchen, ihre Ideologie zu verbreiten. In vielen dieser Moscheen laufen Programme, die darauf abzielen, die Moschee in das Zentrum von möglichst vielen Aktivitäten zu bringen. So werden etwa in vielen Moscheen Küchen eingerichtet, die es den Leuten erlauben sollen, noch länger in der Moschee zu bleiben oder das Fastenbrechen im Ramadan in der Moschee zu begehen. Immer wieder kommt es auch vor, dass Gebete außerhalb der Moschee stattfinden. Diese öffentlichen Gebete haben teilweise eine solche Größenordnung, dass damit der Verkehr in bestimmten Vierteln lahmgelegt wird. Mit diesen Gebeten wird einerseits die Religion in die Öffentlichkeit getragen und die Frömmigkeit offen zur Schau gestellt, andererseits erfordert diese Art des öffentlichen Gebets auch, dass die Moschee Ordner und Wächter für die Betenden bereitstellt. Von diesen religiösen Wächtern ist es nur

ein kurzer Schritt zu religiösen Milizen. Die zahlreichen Waffenfunde, insbesondere in salafistischen Moscheen in ganz Tunesien, deuten darauf hin, dass eine solche Entwicklung bereits im Gange ist. Der zunehmende Gewalteinsatz legt zudem nahe, dass sich einzelne salafistische Gruppen bereits in der Rolle einer Revolutionspolizei sehen, deren Aufgabe die Aufrechterhaltung der öffentlichen Moral ist – notfalls auch mit Gewalt.

## Kunst, Kultur und die Islamisierung des öffentlichen Raumes

Gleichzeitig mehren sich in Tunesien die Stimmen, dass diese zunehmende Islamisierung und religiöse Aufladung des öffentlichen Raumes mit Unterstützung oder mindestens Billigung der *Ennahdha* geschieht und im Zusammenhang mit dem Programm Rachid Ghannouchi zur Errichtung des islamischen Staates zu sehen ist. Laut Ghannouchi soll sich die »islamische Bewegung« durchaus an der Errichtung eines demokratischen Staates beteiligen und auch Allianzen mit säkularen Parteien eingehen, wie er es in einem Aufsatz von 1993 (»The Participation of Islamists in a Non-Islamic Government«) deutlich gemacht hat. Da genau dies derzeit in Tunesien der Fall ist, haben diese Überlegungen eine zentrale Relevanz. Ghannouchi geht davon aus, dass sich in einer freien und demokratischen Gesellschaft die islamistischen Kräfte frei entwickeln können und sich daher automatisch politisch durchsetzen werden. Wenn die Macht mit demokratischen Mitteln dann erst einmal errungen ist, können die Islamisten ihr eigentliches Ziel verfolgen: die Überwindung der säkularen Demokratie, um diese durch einen »echten« islamischen Staat zu ersetzen, der auf der Scharia als Rechtsordnung basiert. So wird deutlich, dass *Ennahdha* und die Salafisten zwar verschiedene politische Mittel und Wege nutzen, sie aber dennoch dasselbe politische Ziel verfolgen: die Errichtung eines islamischen Staats- und Gemeinwesens auf Basis islamischen Rechts.

Einige Entwicklungen in der tunesischen Kulturszene, wie sie der bekannte tunesische Filmemacher Hichem Ben Ammar in einem eindrücklichen Artikel zusammengefasst hat, spielen im Zusammenhang mit der zunehmenden Islamisierung der Gesellschaft ebenfalls eine wichtige Rolle. Laut Ben Ammar wird die Rolle der Kultur im politischen Diskurs in Tunesien schmerzlich vernachlässigt. Kunst und Kultur werden von tunesischen

Politikern eher als nebensächlich und rein dekorativ angesehen, auch das Regime von Ben Ali hatte Kunst und Kultur völlig entpolitisiert und kommerzialisiert. Es war das Ziel des Regimes, Kunst und Kultur von ihrem eigentlichen Geist und möglichen Provokationen abzuhalten. Nach der Revolution und dem Ende der Diktatur wurden Kunst und Kultur jedoch nicht etwa frei. Stattdessen fanden sich die Künstler und Kulturschaffenden mehr und mehr den Angriffen und Anfeindungen religiöser Kräfte ausgesetzt. Islamisten werfen den Künstlern immer häufiger vor, religiöse Werte und Gefühle zu verletzen. Die Islamisten sehen in der Kunst eine Gefahr, da die Kunst die Menschen zum Nachdenken anregt, sie Komplexitäten erkennen und Vielfalt verstehen und akzeptieren lässt. Beispiele für das Vorgehen der Islamisten und insbesondere der tunesischen Salafisten sind etwa die Angriffe im Herbst 2011 auf den TV-Sender der den Film *Persepolis* im tunesischen Fernsehen gezeigt hatte, die Sabotage und Drohungen gegen kulturelle Festivals sowie Gerichtsverfahren, die gegen Künstler und Intellektuelle angestrengt werden.

## Gleichermaßen eine Bedrohung für moderne Kunst und traditionelle Kultur

Allerdings gehen die Salafisten keineswegs nur gegen »moderne« oder »westliche« Kunst und Kultur vor, sondern bedrohen auch die traditionelle tunesische Kultur und den Volksglauben, der untrennbar mit lokalen Heiligen (sog. *Marabouts*) verknüpft ist. Diese Heiligen werden in der Regel an ihren Mausoleen verehrt, die Pilgerstätten für die lokale Bevölkerung darstellen. Salafisten haben bereits in ganz Tunesien über 80 solcher Mausoleen zerstört, besondere Aufmerksamkeit erregte der Angriff auf eine Grabstätte in Sidi Bou Said, einem auch bei Touristen sehr beliebten Vorort von Tunis im Januar 2013.

In diesem Klima, in dem Künstler und Intellektuelle oft und meist ungestraft angegriffen werden, scheint die tunesische Regierung keine große Hilfe zu sein. So berichtet Ben Ammar beispielsweise von den Reaktionen im Nachklang eines Angriffes von Salafisten auf die Ausstellung *Le Printemps des Arts*, die im Juni 2012 in La Marsa stattfand. Der zuständige parteiunabhängige Kulturminister verurteilte zwar die Gewalt und Zerstörung, sprach sich aber gleichzeitig dafür aus, dass die Kunst sich damit begnügen solle, »schön zu sein«. Ein echtes Bekenntnis zur Freiheit der Kunst sieht sicherlich anders aus.

Die tunesischen Islamisten haben sehr gut verstanden, dass die Kontrolle über solche an sich »weichen« Bereiche wie Bildung, Kunst und Kultur ein wichtiger Schritt zu einer verstärkten religiösen Kontrolle des öffentlichen Raumes ist. Entgegen kommt ihnen dabei, dass sich auch unter dem Polizeistaat der Diktatur nie ein freier öffentlicher Raum entwickeln konnte – entsprechend schwach sind seine Verteidiger. Kunst und Kultur wurden auch vom alten Regime nicht geschützt und gefördert, sondern als potenzielle Nester des Widerstandes skeptisch beäugt. Künstlerischer und kultureller Freiheit stand das Regime kritisch gegenüber, auch wenn in einem so effizienten Polizeistaat wie Tunesien vieles schon durch Selbstzensur kontrolliert wurde.

### Islamisten als Verteidiger der öffentlichen Ordnung?

Ganz ähnlich wie das alte Regime nutzen die Islamisten das Konzept der öffentlichen Ordnung (*ordre public*), um Legitimität für ihre Aktionen zu erhalten. Der Verstoß gegen »gute Sitten« oder »religiöse Gefühle«, auch wenn diese nicht gesetzlich kodifiziert sind, wird daher schnell zu einem Verstoß gegen die öffentliche Ordnung im islamistischen Sinne. Das juristische Konzept der »öffentlichen Ordnung« kann sehr breit gefasst werden, denn jede Handlung, die der sittlichen Auffassung der Mehrheitsgesellschaft widerspricht, kann daher theoretisch zur Anzeige gebracht werden. Das Konzept ist notwendigerweise in sich paradox, denn es enthält immer eine Spannung zwischen formaler Rechtsgleichheit und den wesentlichen moralischen Werten der Mehrheitsgesellschaft. Dennoch eignet sich das Konzept der öffentlichen Ordnung, um auf rechtem Wege moralische Normen zu befördern und damit den öffentlichen Raum den Vorstellungen von religiös Erlaubtem und Verbotenem zu unterwerfen. So gelten der Ausschank von Alkohol oder die Vermischung der Geschlechter in öffentlichen Institutionen wie Schulen und Universitäten für die

Salafisten als Störungen der öffentlichen Ordnung und müssen unterbunden werden. Wenn der Staat unfähig oder unwillig ist, diese Störungen zu unterbinden, sehen sich die Salafisten selbst dazu berufen, einzugreifen.

Vor diesem Hintergrund wird auch deutlich, warum die Islamisten die Zitouna wieder zu einer einflussreichen islamischen Institution machen möchten: Wenn die Zitouna eine ähnliche Rolle wie die *al-Azhar* in Ägypten übernehmen kann und wieder zu einer in der Gesellschaft respektierten islamischen Institution wird, dann kann sie bestimmen, was religiös legitim ist und was nicht. Der Staat wird damit zusätzlich religiös legitimiert, akzeptiert aber auch das Primat der Religion über die Politik. Je mehr der Staat dann die Autorität der Religion über Bereiche akzeptiert, die vorher unter der alleinigen Kontrolle säkularer Institutionen lagen, desto näher kommen die Islamisten einem ihrer wichtigsten gesellschaftspolitischen Ziele: der öffentlichen Kontrolle der gesellschaftlichen Moral durch den religiösen Staat.

Die Freiheit von Kunst, Kultur und Bildung sind jedoch wichtige Freiheiten in einer Demokratie, auch weil sie direkt mit der Ausdrucks- und Gedankenfreiheit verbunden sind. Daher müssen die Ideologiefreiheit der Bildung und die Freiheit von Kunst und Kultur als ein wichtiger Prüfstein für die tatsächliche demokratische Überzeugung sogenannter »gemäßiger« islamischer Parteien wie *Ennahdha* gelten. Entsprechend ist es von großer Wichtigkeit, die Entwicklung dieser Freiheiten im postrevolutionären Tunesien genau zu beobachten, denn weitere Einschränkungen der akademischen Freiheit könnten den demokratischen Transformationsprozess in Tunesien gefährden. Insbesondere die Bemühungen der Islamisten, das Bildungssystem in ihrem Sinne umzugestalten, sind besorgniserregend, da dies mit der Absicht erfolgt, eine neue Generation mit einem bestimmten, vorgefertigten Verständnis des Islams auszustatten und gemäß dem islamistischen Gesellschaftsentwurf zu indoktrinieren.



## Über den Autor

**Thomas Claes** studierte Islamwissenschaft an der Freien Universität Berlin und Middle Eastern Studies an der American University in Kairo. Dort schloss er im Februar 2013 seine Masterarbeit zur Rolle von religiösen Institutionen in der post-revolutionären Transformationsphase am Beispiel des Verhältnisses der *al-Azhar* zum ägyptischen Staat ab. Von März bis Mai 2013 war er Praktikant bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunesien.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Hajo Lanz | Leiter | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7420 | Fax: ++49-30-269-35-9233  
<http://www.fes.de/international/nahost>

Bestellungen/Kontakt:  
[info.nahost@fes.de](mailto:info.nahost@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-582-9